

Eingegangen im Sekretariat
der Geschäftsstelle des
Stadtrates

13.06.2023

9395

The



CHEMNITZ
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS 2025

Änderung des Einreichers

zum Beschlussantrag

BA-039/2023

an den **Stadtrat**

zur Sitzung **28.06.2023**

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI,
Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen,
SPD-Fraktion

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

nichtöffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Gegenstand:

Stellenabbau in der Stadtverwaltung Chemnitz

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Verwaltungs- und Finanzausschuss	22.06.2023	nichtöffentlich			
Stadtrat	28.06.2023	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über die bisherige Umsetzung der Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten seit 2021 in einer Informationsvorlage umfassend darzulegen. Dabei soll auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Anwendung der Aufgabenkritik für Entscheidungen zur Nichtbesetzung/Entzug freier Stellenanteile
- ämterbezogene Darstellung nicht wieder besetzter und zu besetzender Stellen ausgeschiedener oder ausscheidender Mitarbeiter (Altersabgänge oder Ausscheiden aus anderem Grund)
- ämterbezogene Darstellung frei gewesener bzw. gewordener Stellenanteile auf Grund von Arbeitszeitreduzierung (Benennung der Stellen und Umfang der gestrichenen Stellenanteile)
- ämterbezogene Darstellung zu streichender Stellen und Stellenanteile bis Ende 2024 (kw-Vermerk)
- Anpassungen oder Änderungen der Aufgaben für Beschäftigte mit reduzierter Arbeitszeit, um Überlastungen zu vermeiden

Weiterhin wird die Stadtverwaltung beauftragt, über mögliche Folgen des Stellenabbaus zu informieren, insbesondere über

- die ämterbezogene Anzahl der Überlastungsanzeigen ab 2021 (jährliche Auflistung)
- wegfallende oder stark eingeschränkte Dienstleistungen der Stadtverwaltung bzw. Arbeitsfähigkeit einzelner Ämter.

Schließlich wird die Stadtverwaltung beauftragt, in der Informationsvorlage über Maßnahmen zum Ausgleich der durch die Einführung der 39-Stunden-Woche weggefallenen Arbeitszeit sowie zur Vermeidung von Überlastungen der Beschäftigten und dem Anstieg von Überstunden zu informieren.

Die Informationsvorlage soll bis Februar 2024 dem Stadtrat und vorberatend allen Ausschüssen vorgelegt werden.

i. A. Anja Schale i. A. Susann Mäder **i. A. Stefan Kraatz**

Unterschrift

Begründung:

Im Vorbericht zum Haushalt 2021/22 wurde festgelegt, dass zu den 6,95 bereits mit kw-Vermerken versehene Stellen weitere 40,4 Stellen kw-Vermerke erhalten, die im Zeitraum des Zweijahreshaushaltes noch stellenkonkret untersetzt und finanzwirksam abgebaut werden sollen. Per 31.12.2022 sind an den Stellen kw-Vermerke in Höhe von 33,55 AE angetragen, wovon 2023 diese für 2 AE aufgehoben werden sollen.

Freie Stellenanteile (durchschnittlich in Summe ca. 110 AE) wurden nicht wiederbesetzt, um zur Konsolidierung beizutragen. Weiterhin sollte teilweise auf Wiederbesetzung verzichtet und Altersabgänge genutzt werden.

Mit der geforderten Informationsvorlage soll die Stadtverwaltung darstellen, wie sich die Situation in Folge der getroffenen und noch zu treffenden Entscheidungen darstellt, welche Folgen dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung und für Bürgerinnen und Bürger hat.

Damit wird der Stadtrat in die Lage versetzt, sich ein umfängliches Bild über die Situation seit 2021 zu machen und kann im Bedarfsfall mit dem Haushalt 2025/26 nachsteuern.